

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 13.06.2023

) TOP Hinweis zur Tagesordnung

Oberbürgermeister Pauly eröffnet die Sitzung des Gemeinderats. Tagesordnungspunkt 3 „Blutspenderehrung“ wird vorgezogen und vor TOP 1 durchgeführt.

1) TOP Einwohnerfragen

Frau Birte Huber fragt, in welchem Verhältnis die Höhe der Betreuungsgebühren in der Kindertagesstätte im Wechselspiel mit dem Fachkräftemangel zu sehen sei.

Herr Dominik Wendel stellt dar, ein Wiedereinstieg in Teilzeitbeschäftigung gestalte sich auf Grund hoher Betreuungsgebühren und der damit verbundenen Rentabilität schwierig. Er möchte wissen, wie der Fachkräftemangel in Bildungseinrichtungen gelöst werden könne.

Frau Mareike Vogt erkundigt sich, wie viele Unterschriften für eine Senkung der Betreuungsgebühren gesammelt werden müssen.

Oberbürgermeister Pauly entgegnet, die gestellten Einwohnerfragen werden im weiteren Verlauf zu Tagesordnungspunkt 4 beantwortet werden.

2) TOP 1-015/23 Bekanntgabe aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 25.05.2023

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Bekanntgabe: Aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25.05.2023 werden folgende Beschlüsse bekanntgegeben:

Der Gemeinderat beschloss über die Stellenbesetzung für die Sachgebietsleitung Vereinsförderung, Sport, die Amtsleitung Bauverwaltung sowie die Sachgebietsleitung Personal.

3) TOP 1-014/23 Blutspenderehrung

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt die anwesenden Mehrfachspender. In seiner Ansprache betont er das außergewöhnliche und besondere Engagement.

Herr Thomas Gähme, Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, Ortsverein Donaueschingen, schließt sich der Dankesworte an.

Anschließend wird den zu ehrenden Personen eine Urkunde mit Anstecknadel und ein städtisches Präsent überreicht.

4) TOP 6-009/23 Anpassung der Benutzungsgebühren (Elternbeiträge) für die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Donaueschingen 2023/24 - Satzungsbeschluss

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein. Er begrüßt die zahlreich anwesenden Eltern mit Kindern, sowie die Mitglieder der Elterninitiative.

Amtsleiterin Reich trägt vor, im Jahr 2012 wurde in einem Grundsatzbeschluss die Gebührengestaltung nach dem Württembergischen Modell beschlossen. Eine Erhöhung von 8,5 % ist die Empfehlung, die von den Gremien des Städtetages und Gemeindetages vorgegeben werde. Elterngebühren sollen 20% der Kosten decken. Dieses sei in Donaueschingen jedoch bei Weitem nicht der Fall. In weiteren Kommunen des Landkreises seien ebenfalls Erhöhungen angekündigt worden, um das vorgegebene Deckungsniveau zu erreichen.

Oberbürgermeister Pauly geht auf die zu Beginn gestellten Einwohnerfragen ein:

In den Kinderbetreuungseinrichtungen herrsche akuter Fachkräftemangel. Unabhängig davon sei der Stadtverwaltung Donaueschingen sehr daran gelegen, eine qualitativ hohe Betreuung anzubieten, die aber auch eine angemessene finanzielle Beteiligung der Eltern notwendig mache.

Die Aussage, ein beruflicher Wiedereinstiegs sei aufgrund der hohen Betreuungskosten nicht lohnenswert, könne er dahingehend beantworten, dass die Stadt Donaueschingen bei der Gebührenermittlung den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände und den geltenden Beschlüssen des Gremiums folge.

Bei einer Unterschriftenkampagne sei keine vorgegebene Anzahl an Unterzeichnenden notwendig. Sie habe eine Appellwirkung an den Gemeinderat. Dieser entscheide in der Abstimmung über Beschlüsse und trage die Verantwortung.

In Abwägung aller Argumente müsse beachtet werden, wer von der Betreuung profitiere. Die bisherige Regelung, dass annähernd 20 % der Kosten von denen getragen werde, die direkt davon gewinnen, sehe er als angemessen. Die Stadt Donaueschingen erreiche mit der vorgeschlagenen Erhöhung nicht den angestrebten Deckungsgrad.

Fraktionssprecher Reinbolz erklärt, der Antrag der SPD-Fraktion auf Aussetzen der Gebührenordnung beruhe auf der Grundlage, dass Familien aktuell besonders belastet sind. Die Kosten für die Kinderbetreuung seien erheblich. Wer deshalb seine Kinder selbst betreue, stehe dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Es sei eine günstige Betreuung gefragt. Er sehe hier auch eine Unterstützung durch den Familienpass, der aber in der Vergangenheit nicht angepasst wurde.

Stadtrat Lienhard dankt der Elterninitiative für die sachliche Diskussion. Der Antrag der SPD-Fraktion sei legitim und die finanzielle Belastung der Eltern zweifellos, dennoch liege der neuen Berechnung nach der Anteil der Betreuungsgebühren bei weniger als 20%. Selbstverständlich müsse ein Großteil der Kosten von der Stadt und dem Steuerzahler übernommen

werden, was letztlich von allen, auch den Eltern getragen werde. Das württembergische Gebührenmodell, das vom Gemeinderat vor mehr als zehn Jahren verabschiedet wurde, habe das vorgegebene Ziel in der Vergangenheit nie erreicht.

Er regt an, dass Mitarbeiter zukünftig durch den Arbeitgeber finanziell bei den Betreuungskosten unterstützt werden könnten. Die derzeitige Gebührenberechnung sei eine gute Möglichkeit, Kostenstrukturen zu definieren. Eine allgemeine Diskussion sei wünschenswert, aber jährlich wiederkehrend nicht zielführend. Es sei festzustellen, dass ein Aussetzen der Gebührenanpassung im nächsten Jahr einen noch höheren Anstieg verursachen werde. Die Forderung der Elterninitiative nach mehr Flexibilität sei in letzter Konsequenz von der Realisierbarkeit abhängig.

Fraktionssprecher Blaurock erklärt, seit dem Grundsatzbeschluss im Gemeinderat, die Kinderbetreuungsgebühren nach dem Württembergischen Modell zu ermitteln, habe sich die Situation für alle Beteiligten gesamt geändert. Daher sei eine differenzierte Betrachtung berechtigt. Anhand der im Haushaltsplan 2023 vorgelegten Zahlen sei seiner Meinung der angestrebte Deckungsgrad erreicht. Seiner Meinung tragen ein Fünftel der Kinder 60 % der Mehrkosten. Aus diesem Grund sei ein Aussetzen der Gebührenanpassung vertretbar. Im Übrigen geht er davon aus, dass die Gesamtkosten in den Kinderbetreuungseinrichtungen mangels Stellenbesetzungen nicht wie vorausberechnet entstehen werden. Zudem sei es notwendig, dass die Leistungen des Familienpasses überdacht und nachgebessert werden müssen.

Fraktionssprecher Rainer Hall bringt vor, die Stadt Donaueschingen beteiligt sich weit überdurchschnittlich an Leistungen für Familien. Mit gestiegenen Personalkosten durch aktuelle Tarifabschlüsse werde nach seiner Berechnung der städtische Haushalt mit etwa 450.000 € höheren Lohnkosten betroffen sein. Er dankt für die ausführliche Darstellung der Kosten. Die FDP/FW-Fraktion unterstütze den Vorschlag der Verwaltung. Eine Kostensteigerung müsse von allen getragen werden.

Stadträtin Riedmaier macht darauf aufmerksam, dass der Grundsatzbeschluss vor zehn Jahren gefasst wurde. Seitdem habe sich der Arbeitsmarkt und auch der Bedarf an Kinderbetreuung geändert. Sie sieht die Notwendigkeit von flexibleren Angeboten und wünscht eine Überarbeitung der Betreuungszeiten.

Fraktionssprecher Reinbolz formuliert den Antrag, die Gebührenerhöhung auszusetzen. Oberbürgermeister Pauly legt dar, der Antrag werde als Ablehnung des Verwaltungsvorschlags gewertet.

Amtsleiterin Reich erklärt, ein Angebot zu flexiblen Betreuungszeiten sei in Arbeit. Die Verwaltung stoße hier aber schnell an Grenzen, die durch pädagogische Konzepte und Mitarbeiterverfügbarkeit gegeben sind. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses werde sie ausführlicher darauf eingehen.

Beim Vergleich der Betreuungsgebühren in den Umlandgemeinden seien deren Berechnungsgrundlagen und bereits angekündigte Erhöhungen zu berücksichtigen.

In der Anlage sei eine Entwicklung nicht zu 100% realistisch darstellbar, aber die Kosten für das Jahr 2021 wurden belastbar ermittelt. Berechnungen mit Planzahlen aus dem Jahr 2023 berücksichtigen nicht die tatsächlichen Personalkosten und die Tarifierhöhung.

Oberbürgermeister Pauly dankt allen Beteiligten für die sehr sachliche Diskussion und das Engagement der Eltern.

Beschluss: Der Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren (Elternbeiträge) für die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Donaueschingen zum 1. September 2023, gemäß Anlage 3, wird zugestimmt.

(20 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen)

5) TOP 6-003/23 Neufassung der Benutzungsordnung der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiterin Reich führt in die Sitzungsvorlage ein und erläutert an Beispielen die Vergabekriterien.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt den in Anlage 1 festgelegten Aufnahmekriterien für die Platzvergabe zu.
2. Der Neufassung der Benutzungsordnung entsprechend Anlage 2 wird zugestimmt.
3. Es wird zugestimmt, die bisher geführten Anlagen der Benutzungsordnung von dieser zu lösen.

(30 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen)

6) TOP 6-002/23 Verlässliche Grundschule - Satzungsbeschluss

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiterin Reich führt in die Sitzungsvorlage ein.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung entsprechend Anlage 1.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

7) TOP 7-011/23 Zinssicherung, Produkt Bausparvertrag

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Geschäftsordnungsantrag

(gemäß § 22 Geschäftsordnung für den Gemeinderat Donaueschingen):

Die FDP/FW-Fraktion stellt folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Der Tagesordnungspunkt 7 soll von der Tagesordnung genommen werden.

Oberbürgermeister Pauly erklärt, es gehe um Kenntnissgabe und Beauftragung der Verwaltung zur Vertragsvereinbarung. Dabei bleibe es heute ergebnisoffen, mit welchem Anbieter eine Zinssicherung vereinbart werde.

Fraktionssprecher Rainer Hall begründet, es sei für eine Zinssicherung ein örtlicher Anbieter gewünscht und kein freier Makler. Daher solle der Tagesordnungspunkt vertagt werden.

Es gehen keine weiteren Wortmeldungen ein.

8) TOP 4-024/23 Bebauungsplan "Obere Wiesen, 3. Erweiterung" / Aasen - Zustimmung Abwägungsvorschläge, Billigung Planentwurf und Offenlegungsbeschluss

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt Frau Hannah Deierling, Planungsbüro Hornstein.

Frau Deierling erläutert die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung in einer Präsentation, die der Niederschrift beigefügt ist.

Fraktionssprecher Blaurock bemerkt, es seien nicht alle kritischen Anmerkungen aus den Rückmeldungen der beteiligten Behörden berücksichtigt worden. Vorrangfuhren, die eigentlich nicht herangezogen werden dürften, würden entgegen der Empfehlung des Landwirtschaftsamts durchgesetzt. Er bemängelt, es werde zusätzliche Fläche außerhalb des Flächennutzungsplan ausgewiesen. Für die Landwirtschaft wertvolle Böden würden mit Ausgleichsflächen und Ökopunkten korrigiert.

Stadtrat und Ortsvorsteher Horst Hall entgegnet, es handle sich bei den von Fraktionssprecher Blaurock angesprochenen Flächen um Wiesen. Neue Gebäude werden auf hohem Standard emissionseinsparend gebaut werden. Generell sei für Produktionsflächen eine zweistöckige Bebauung möglich. Die Ausgleichsmaßnahmen seien sehr umfangreich.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen / Beschlussempfehlungen zu allen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung von Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird im Sinne von § 1 Abs. 7 BauGB zugestimmt.
2. Der Planentwurf und die Örtlichen Bauvorschriften werden gebilligt.

(25 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen)

3. Der Durchführung der öffentlichen Auslegung (Offenlage) zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB wird zugestimmt.
4. Der Durchführung der Benachrichtigung der Behörden und Träger öffentlicher Belange über den Bebauungsplan und der dazugehörigen Örtlichen Bauvorschriften gem. § 4 Abs. 2 BauGB wird zugestimmt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

9) TOP 4-016/23 Bebauungsplan "Neue Wolterdinger Straße (ehemalige Firma Fischbach)" - Zustimmung Abwägungsvorschläge, Billigung Planentwurf und Offenlegungsbeschluss

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt Herrn André Leopold, Büro RIP GmbH.

Herr Leopold erläutert die Planungen in einer Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist.

Energieversorgung

Auf Rückfragen aus dem Gremium erklärt er, die Energieversorgung werde in der Hochbauphase geprüft und mit den beteiligten Nachbarn vergleichend geprüft. Eine weitere Präsentation mit Querschnitten sei im Hochbau Grundlage für den Bebauungsplan und nicht vorhabenbezogen.

Entwässerung und Regenwassernutzung

Fraktionssprecher Greiner bemängelt, in den Darstellungen seien die Bestandsgebäude nicht sichtbar. Die Staffelung war gewünscht, sei aber relativ gering und so nicht zustimmungsfähig. Zur Regenwassernutzung sei der Einwand des Wasserwirtschaftsamts zu berücksichtigen.

Herr Leopold ergänzt, eine Entwässerungsplanung sei bereits abgestimmt. Hierzu sei bei Interesse ein Mitarbeiter des beauftragten Büros ins Gremium einzuladen.

Die Darstellung der Geschosse entspreche der Festsetzung und wurde bereits um ein bzw. zwei Geschosse reduziert.

fehlende Aufenthaltsqualität

Fraktionssprecher Milbradt beanstandet, wie im letzten Jahr sei die Vorstellung auch heute nicht zufriedenstellend. Er sehe keine Aufenthaltsqualität auf dem ganzen Gelände.

Herr Leopold weist darauf hin, dass es sich um einen vorbereitenden Bauleitplan handle und eine Grundlage für den Bauträger sei. Ein vorhabenbezogener Bebauungsplan zeige weitere Details.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen und Beschlussempfehlungen zu den im Zuge der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt.
2. Billigung des Entwurfs des Bebauungsplans „Neue Wolterdinger Straße (ehemalige Firma Fischbach)“ sowie der dazugehörigen Örtlichen Bauvorschriften. (22 Ja, 6 Nein, 4 Enthaltungen)
3. Der Durchführung der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans „Neue Wolterdinger Straße (ehemalige Firma Fischbach)“ und der dazugehörigen örtlichen Bauvorschriften gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch wird zugestimmt.
4. Der Durchführung der Benachrichtigung der Behörden über den Bebauungsplan „Neue Wolterdinger Straße (ehemalige Firma Fischbach)“ und der dazugehörigen örtlichen Bauvorschriften gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch wird zugestimmt.
5. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen. (28 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen)

10) TOP 4-028/23 Donauhallen / Photovoltaikanlage - Vergabe Lieferung und Montage

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die Tischvorlage.

10.1) TOP 4-028/23/1 Donauhallen / Photovoltaikanlage - Vergabe Lieferung und Montage

Auf Rückfrage von Fraktionssprecher Blaurock erklärt Bürgermeister Graf, eine Zulassung vom Netzbetreiber sei notwendig. Die Bedingungen werden geprüft.

Beschluss: Firma Retec Merz GmbH, Donaueschingen, wird mit der Lieferung und Montage einer Photovoltaikanlage (Seminarbereich und Strawinsky-Saal) zum Angebotspreis von 190.372,90 € (brutto) beauftragt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

11) TOP 4-034/23 Feuerwehrgerätehaus Pfohren / Neubau - Verfahren zur Vergabe Planungsleistungen

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Er betont, alle Fraktionen seien an einer Feuerwehrbedarfsplanung interessiert gewesen. Nach rechtlichen Vorgaben und Prüfungen sei die europaweite Ausschreibung notwendig und eine funktionelle Ausschreibung nicht empfehlenswert. Eine ausgiebige Prüfung sei erfolgt.

Frau Augenstein, Stabstelle Innenrevision, fügt an, rechtliche Vorgaben seien unter Berücksichtigung von Fördermaßnahmen zu beachten.

Beschluss:

1. Die Planungsleistungen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses soll im Rahmen eines VGV-Verfahrens europaweit ausgeschrieben werden.

(29 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen)

2. Von einer funktionalen Ausschreibung wird abgesehen. Die Ausschreibung der Bauleistungen soll grundsätzlich in Lose aufgeteilt werden.

(31 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

12) TOP 9-020/23 Siedlersteg Donaueschingen, 2. BA / Sanierung - Vergabe Tragwerk und Bohlenbelag (2. Verfahren) - Aufhebung Ausschreibung

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Monien legt dar, nachdem keine Angebote eingegangen seien, werden ein Statiker und ein Holzgutachten beauftragt werden, um die Dringlichkeit der Sanierung festzustellen. Es erfolge schnellstmöglich ein Sachstandsbericht.

Beschluss:

Die Ausschreibung (2. Verfahren) zur Vergabe Sanierung Tragwerk und Bohlenbelag wird gem. § 17 Abs. 1 Ziff. 1, VOB / A ebenfalls aufgehoben.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

13) TOP 8-001/23 Kommunales Kino guckloch e.V. / Antrag Sonderförderung 2023

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage ein.

Nach Rücksprache mit der Geschäftsführung der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft (KEG) könne diese nicht auf die Nebenkostenzahlung verzichten. Die Stadtverwaltung sei dafür verantwortlich, dass die Heizungsanlage im Rahmen der Baumaßnahmen auf dem Gelände rückgebaut und vom Wärmenetz genommen wurde. Daher sei eine hälftige Förderung an den Mehrkosten durch die Stadt vertretbar.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt eine zusätzliche Förderung in Höhe von 2.600,00 € für die Bezahlung der Nebenkosten 2022.

(31 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

14) TOP 7-013/23 Schlussbericht zum Jahresabschluss 2019 und Feststellung des Jahresabschluss 2019 der Stadt Donaueschingen

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Zoller führt in die Sitzungsvorlage ein.

Beschluss:

1. Der Schlussbericht der Stabstelle Innenrevision wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss 2019 der Stadt Donaueschingen für das Haushaltsjahr 2019 wird mit den ausgewiesenen Beträgen unter Nr. III gemäß § 95b Abs. 1 GemO festgestellt.
3. Die Verwendung des Jahresergebnisses, wie unter Nr. IV dargestellt, wird festgestellt.
4. Die Ermächtigungsübertragungen mit den ausgewiesenen Beträgen unter Nr. V und die noch nicht genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, sowie die nach § 84 Abs. 2 GemO überplanmäßigen Investitionsauszahlungen werden genehmigt.

(31 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

15) TOP 7-015/23 Finanzhaushalt – Übertragung von Haushaltsmitteln in das Jahr 2023 / Information

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Zoller führt in die Sitzungsvorlage ein.

Beschluss: Die Übertragungen des Finanzhaushaltes werden entsprechend der Anlage zur Kenntnis genommen.

16) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Verabschiedung Sachgebietsleiter Pfaff

In einer Laudation dankt Oberbürgermeister Pauly Herrn Pfaff für die sehr gute Zusammenarbeit im Hauptamt und die damit verbundenen positiven Veränderungen in der Personalstelle.

Verabschiedung Amtsleiter Zoller

Oberbürgermeister Pauly dankt Herrn Zoller in seiner Ansprache für die souveräne und planvolle Leitung der Kämmerei. Als ruhender Pol habe er Rekordgewinne zu Gunsten der Stadt erwirtschaftet. Die gute Kooperation war zudem geprägt von einem steten Austausch mit Blick auf die Gesamtverwaltung.

Amtsleiter Zoller dankt für das gute Miteinander, insbesondere in der Kämmerei.

17) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Linsenöschstraße

Auf Rückfrage von Stadträtin Bronner erklärt Amtsleiter Monien, die Straßenbaumaßnahmen sind im Zeitplan. Baumersatzpflanzungen sind bereits geplant und werden im Anschluss durchgeführt.